

## **Antrag**

**der Abgeordneten Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Günther Friedrich Nolting, Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Marita Sehn, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP**

### **Meisterbrief erhalten und Handwerksordnung zukunftsfest machen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das deutsche Handwerk leidet genauso wie andere Wirtschaftszweige unter der massiven Wachstums- und Beschäftigungskrise in unserem Land. Steigende Steuern und Abgaben gepaart mit einer Schwäche der Binnennachfrage führen in diesem Jahr voraussichtlich zu einem Umsatzrückgang von fünf Prozent und einem Abbau von 300 000 Arbeitsplätzen. Dadurch werden gerade beim Ausbilder Nummer 1 in Deutschland auch Ausbildungsplätze verloren gehen. Die Ausbildungsplatzsituation wird sich durch die Drohung der Bundesregierung, eine Ausbildungsplatzabgabe noch in diesem Jahr einzuführen, weiter verschärfen.

Trotz der schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird im deutschen Handwerk nach wie vor überdurchschnittlich und über Bedarf ausgebildet. Während die Ausbildungsquote im Handwerk 9,8 Prozent beträgt, beläuft sich der Anteil der Auszubildenden an allen Beschäftigten in den anderen Wirtschaftszweigen auf 3,3 Prozent. Die Handwerksbetriebe erbringen hier eine großartige gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Leistung. Zumal der Anteil ihrer Lehrlinge im vergangenen Jahr bei 32,5 Prozent lag, während der Anteil der Beschäftigten im Handwerk an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen lediglich 14 Prozent erreicht. Diese hohe Ausbildungsleistung führt dazu, dass rund 80 Prozent aller Beschäftigten über eine abgeschlossene Ausbildung verfügen. Der Meisterbrief ist eine wichtige Voraussetzung für dieses Engagement des Handwerks bei der Ausbildung.

Darüber hinaus sorgt der Meisterbrief auch für eine hohe betriebswirtschaftliche Qualifikation der Handwerksmeister. Nicht umsonst ist die Insolvenzquote im Handwerk im Vergleich zu anderen Branchen ausgesprochen niedrig. Im vergangenen Jahr mussten 14,5 von 1 000 Unternehmen aus der Gesamtwirtschaft Insolvenz anmelden, während im Handwerk lediglich 6,8 Unternehmen aufgeben mussten. Das zeigt, dass die Meisterausbildung eine stärkere Krisenfestigkeit bedeutet. Sie ist insofern eine hervorragende Grundlage hoher fachlicher Qualifikation, wirtschaftlicher Stabilität, hohen Ausbildungspotentials und einer hohen Ausbildungsbereitschaft.

Das alles belegt: Wer für die Schwierigkeiten des deutschen Handwerks den Meisterbrief verantwortlich machen will, der betreibt Realitätsverweigerung oder eine bewusste Tatsachenverdrehung. Die eigentlichen Ursachen für die Probleme der Handwerksbetriebe liegen in der katastrophalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Die überzieht den Mittelstand und damit auch das Handwerk mit zusätzlichen Steuer-, Abgaben- und Bürokratielasten. Sie verunsichert mit ihrer Zick-Zack-Politik die Menschen und bewirkt ein immer tieferes Abgleiten in die Rezession sowie eine damit einhergehende Konsumzurückhaltung. Darunter leiden auch Hunderttausende von Handwerksbetrieben.

Trotzdem müssen wir die Handwerksordnung zukunfts- und europafest machen. Das hat auch das deutsche Handwerk erkannt. Wir müssen zum Beispiel alles dafür tun, die Inländerdiskriminierung deutscher Handwerksbetriebe zu beseitigen. Denn durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahr 2000 ist es Handwerkern aus dem EU-Ausland möglich, ohne strenge Beachtung der deutschen Handwerksordnung tätig zu werden oder sich sogar niederzulassen. Das ist ein klarer Wettbewerbsnachteil für die deutschen Betriebe – gerade in grenznahen Regionen. Hier muss die Politik gegensteuern. Die Handwerksordnung ist zu modernisieren. Eine Reform muss jedoch mit und nicht gegen die deutschen Handwerksbetriebe erfolgen. Die Bundesregierung muss deshalb sofort den Dialog mit dem deutschen Handwerk wieder aufnehmen und dessen Reformbereitschaft anerkennen.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

- den Meisterbrief als Qualitätsmerkmal des deutschen Handwerks zu erhalten;
- die Pläne, insgesamt 65 Berufe von heute auf morgen aus der Anlage A der Handwerksordnung zu entfernen, aufzugeben;
- das Handwerksrecht so zu modernisieren, dass die Handwerksordnung geöffnet, die Dynamik dieses Wirtschaftszweiges gesteigert, die Qualifizierung gestärkt und neue Existenzen geschaffen werden;
- das Inhaberprinzip abzuschaffen. Damit wird Rechtsformneutralität gewährleistet und die Existenzgründung auch ohne Meisterbrief erleichtert;
- die Anerkennung gleichwertiger Qualifikationen (z. B. Techniker – oder Industriemeisterprüfungen) zu erleichtern;
- für eine großzügigere Anerkennung andere Zugangswege der Handwerksordnung (Leipziger Beschlüsse) unter Beachtung von Qualifikationen bei der Eintragung in die Handwerksrolle zu sorgen;
- den Erwerb des Meisterbriefs kostengünstiger und unbürokratischer als bisher zu ermöglichen.

Berlin, den 3. Juni 2003

**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**